



19.076

**Zolltarifgesetz.  
Änderung (Aufhebung  
der Industriezölle)****Loi sur le tarif des douanes.  
Modification (Suppression des droits  
de douane sur les produits  
industriels)***Fortsetzung – Suite*

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.06.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

**Präsident** (Kuprecht Alex, Präsident): Der Nationalrat hat am 4. Juni 2020 Nichteintreten beschlossen. Unser Rat ist am 23. September 2020 auf die Vorlage eingetreten. Vor der Detailberatung führen wir nun noch eine allgemeine Diskussion.

**Noser Ruedi** (RL, ZH), für die Kommission: Ich kann Ihnen versichern, dass dieses Geschäft aus der WAK einfacher ist als das vorherige. Sie müssen erstens nur ein Mal abstimmen. Zweitens wird es hoffentlich schneller gehen, denn es gibt keine Minderheitsanträge. Drittens sind die Streithähne von vorhin wieder mehr oder weniger geeint unterwegs. Das wird es einfacher machen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in der Herbstsession über Eintreten bzw. Nichteintreten verhandelt haben. Sie sind grossmehrheitlich eingetreten. Wir haben nun in der WAK die Detailberatung gemacht. Der Bundesrat schlägt in seiner Vorlage vor, die Zölle für Industrieprodukte – darunter fallen z. B. auch Textilien und Schuhe – auf null zu setzen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben hat die Detailberatung gemacht und mit 8 zu 5 Stimmen der Vorlage des Bundesrates klar zugestimmt.

Daher darf ich Ihnen heute die Position der Mehrheit zur Aufhebung der Industriezölle vorstellen. Das ist eine sehr wichtige Vorlage für die Schweizer Wirtschaft, vor allem aber für die KMU und das Gewerbe. Die Importzölle sind in der Schweiz

AB 2020 S 1148 / BO 2020 E 1148

heute zwar meistens tief, zusammen mit den damit verbundenen administrativen Kosten sind sie trotzdem ein Hindernis für den hiesigen Wirtschaftsstandort. Sie verteuern den Import von Vorleistungen und Konsumgütern. Der ursprüngliche Schutzfaktor von Zöllen hat in der Schweiz schon lange ausgedient. Daher ist es nun an der Zeit, diese Altlast auf effiziente Art und Weise abzubauen – im Interesse der Wirtschaft, aber auch des Konsumenten. Dafür bietet der Gesetzentwurf des Bundesrates in den Augen der Mehrheit Ihrer WAK-S die passende Vorlage.

Mit der Zollaufhebung gehen wichtige administrative und finanzielle Entlastungen einher. Das kommt in erster Linie den kleinen Firmen mit wenig Personal und wenig finanziellen Mitteln zugute. Denn die Zollaufhebung setzt zum einen Mittel für Investitionen frei und macht zum andern im Gewerbe und in der Industrie neue Geschäftsmodelle möglich, die heute noch durch die Last der Zölle, aber in erster Linie durch die administrativen Kosten und die Risiken, die bei falscher Abwicklung auf die Firmen zukommen, verhindert werden. Sie dürfen die Zollrisiken für kleine Firmen nicht unterschätzen. Ein Verzollungsvorgang kann ein KMU auch noch Jahre später beschäftigen, denn eine Schweizer Firma haftet für alle Fehler, die bei einer Verzollung passieren, auch für jene, die der Lieferant begangen hat, z. B. die falsche Ausstellung eines Ursprungszeugnisses eines ausländischen Lieferanten. Diese Forderungen können bis fünf Jahre zurück erhoben werden. Das kann sich rasch auf hohe Beträge summieren. Für ein Schweizer KMU ist es sehr schwierig, erstens über fünf Jahre





zurück immer alles belegen zu können und zweitens diese Risiken zu tragen. Die Aufhebung der Industriezölle sorgt also auch hier für mehr Rechtssicherheit.

Schauen wir kurz ein Beispiel eines Textilunternehmens mit etwa 200 Mitarbeitern an – das Beispiel ist real, und der eine oder andere Ständerat weiss vielleicht, aus welchem Kanton es kommt –, um die Bedeutung der Vorlage zu verstehen. Mit der Aufhebung der Industriezölle spart dieses KMU jährlich 170 000 Franken ein. Dieses Geld hat das in diesem Tiefmargen-Segment tätige Unternehmen zur Verfügung, um mehr zu investieren, um korrektere oder höhere Löhne zu bezahlen oder um die Produktpreise zu senken und damit konkurrenzfähiger zu werden. Diese 170 000 Franken sind ein grosser Betrag für dieses KMU.

Die Mehrheit der WAK-S ist sich bewusst, wie wichtig die Annahme der Vorlage für die administrative Entlastung der Unternehmen ist. Das gilt ganz besonders für die Spezialverfahren im Zollrecht. Heute benötigen viele Unternehmen komplexe und zeitaufwendige Spezialverfahren, z. B. für den Veredelungsverkehr, um auch nur annähernd einen reduzierten Zollsatz nutzen zu können. Ich habe mir einmal angeschaut, wie viele Stufen beim Veredelungsverkehr eingehalten werden müssen. Das ergibt ein Flussdiagramm mit über 20 Positionen. Das kostet Zeit und Geld. Viel effizienter, als die administrativen Prozesse zu vereinfachen, ist es, dieses Spezialverfahren komplett überflüssig zu machen. Das schafft die bundesrätliche Vorlage durch eine umfassende Zollaufhebung für diese Vorleistungen und Industrieprodukte.

Die Mehrheit der WAK-S unterstützt die Aufhebung der Zölle zum jetzigen Zeitpunkt, da gleichzeitig auch das komplizierte System der Schweizer Zolltarife vereinfacht wird. Damit ist es möglich, dass die Verwaltung der Wirtschaft zwei Reformen aus einem Guss anbieten kann. So muss sie sich nur einmal auf die ganze Sache umstellen. Das ist meiner Ansicht nach ein sehr gutes Beispiel für Strukturpolitik, und ich möchte den beiden zuständigen Bundesräten dafür danken.

Mit der Annahme der Vorlage wird administrativer Leerlauf beseitigt. Bitte bedenken Sie heute die historische Stunde. Keine Vorlage hat in den letzten zehn Jahren administrativ so viel Entlastung gebracht wie diese. Die Vorlage wurde in erster Linie als Massnahme gegen die Hochpreisinsel erarbeitet – dieses Thema haben wir heute auch schon behandelt. Dieses Ziel erfüllt sie, denn auch der Import von Alltagsprodukten wie Kleidern, Kosmetika oder Velos wird dadurch günstiger. Es war immer wieder zu hören, dass es nicht möglich sei, Firmen und Konsumenten gleichzeitig zu entlasten. Doch, das ist es! Der Begriff "Industrieprodukt" umfasst viele Zollkapitel, die wir heute abschaffen.

Zentral für die Beratung sind auch die finanzpolitischen Implikationen der Vorlage. Der Bund geht davon aus, dass ihm etwa 310 Millionen Franken entgehen. Wenn man die Studien anschaut, sieht man, dass man davon ausgehen kann, dass der volkswirtschaftliche Nutzen etwa 860 Millionen Franken beträgt. Im Verhältnis zu den Ausfällen ist das vermutlich eine sehr effiziente Massnahme.

Zur Argumentation der Minderheit: Die Minderheit ist erstens der Ansicht, dass diese Ausfälle zu hoch sind. Die Minderheit ist zweitens der Ansicht, dass man sich bei den Verhandlungen von Freihandelsabkommen in eine schlechtere Position begibt, wenn man diese Massnahmen jetzt ergreift. Drittens hat die Minderheit Angst, dass wir mit unseren Grenzschutzmassnahmen in der Agrarproduktion unter Druck kommen. Ich überlasse es dem Bundesrat, zu den ersten zwei Punkten Stellung zu nehmen. Ich möchte vor allem auf den dritten Punkt eingehen.

Agrarprodukte sind von dieser Vorlage ausgenommen. Die Landwirtschaft braucht vor dieser Vorlage keine Angst zu haben. Jedem und jeder hier im Rat ist es klar, dass die Schweiz eine eigene, starke Lebensmittelproduktion für die Versorgung der Bevölkerung braucht. Jedem und jeder hier drin ist es klar, dass diese nicht zu Weltmarktpreisen zu haben sein wird. Damit sind die Grenzschutzmassnahmen für die Landwirtschaft gesichert. Ich sage das ausdrücklich auch als Unternehmer und Ständerat des grössten Wirtschaftskantons: Wir stehen zu diesen Schutzmassnahmen.

Das Timing der Vorlage könnte kaum besser sein. Wir befinden uns wegen der Pandemie in einer aussergewöhnlichen Krise. Mit der Annahme der Vorlage helfen wir mit einfachen Massnahmen unzähligen Unternehmerinnen und Unternehmern in Gewerbe und Industrie; sie können einfacher arbeiten und neue Geschäftsmodelle umsetzen. Glauben Sie mir, diese Weihnachtsüberraschung können die Firmen für die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Schweiz gut brauchen.

Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der WAK-S, diese Vorlage gutzuheissen und heute zu verabschieden.

**Rechsteiner Paul (S, SG):** Wir haben die Eintretensdebatte geführt, und die Sache ist mit Mehrheit und Minderheit entschieden. Weil es sich aber um eine potenziell wahrscheinliche Referendumsvorlage handelt, möchte ich hier noch zwei, drei Worte zu ihrer Bedeutung verlieren.

Die Vorlage stammt aus dem Jahre 2017. Ich meine, dass sich die Verhältnisse grundlegend geändert haben und der Nichteintretensentscheid des Nationalrates deshalb richtig ist. Dies aus zwei Gründen: Der erste



Grund ist die Covid-19-Krise mit ihren unglaublichen Auswirkungen. Wir treffen auch Massnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft, und dies in einem Ausmass, das historisch präzedenzlos ist. Wir werden heute Nachmittag im Rahmen der Covid-19-Gesetzgebung wieder darüber sprechen. Diese Massnahmen müssen auch finanziert werden. Deshalb ist es gerade heute nicht zu vertreten, hier – an einem Ort, wo es am Ende keine bedeutenden Auswirkungen hat – ohne Gegenfinanzierung eine halbe Milliarde Franken auszugeben und damit die Einnahmen des Bundes zu schwächen. Das ist die eine Argumentation, die ich hier noch vorbringen möchte.

Der zweite Grund ist, dass sich die Verhältnisse seit der Eintretensdebatte auch abstimmungspolitisch geändert haben. Ende September hat hier eine nicht unbedeutende Volksabstimmung stattgefunden. Wie Sie wissen, hat das Volk es mit grosser Mehrheit abgelehnt, Einnahmehausfälle für den Fiskus, für den Haushalt, der sehr gefordert ist, zu produzieren – nämlich bei der Vorlage zu den Kinderabzügen. Diejenigen, die damals die Mehrheit gebildet haben – es sind ähnliche Kreise wie heute –, haben sich gegenseitig versichert, dass dafür sicher Akzeptanz gefunden werde und dass dies auch für den Bundeshaushalt kein Problem sei. Das war im Stille dessen, was der Kommissionssprecher hier vorgetragen hat. Das Resultat haben Sie an der Urne gesehen: eine kapitale Niederlage für dieses Projekt aus dem Bundeshaus, das diese Priorität in der Sache nicht hat und eben Einnahmehausfälle produziert, die nicht zu rechtfertigen sind. Ich meine, diese Argumente gelten jetzt, nach dieser Volksabstimmung von Ende September, umso mehr. Wir werden das

AB 2020 S 1149 / BO 2020 E 1149

bei der Gesamtabstimmung und bei der Schlussabstimmung über diese Vorlage dann sehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Änderung des Zolltarifgesetzes abzulehnen.

**Levrat** Christian (S, FR): Tout d'abord, pour faire la transparence, je suis depuis la mi-octobre président du syndicat des douaniers et des gardes-frontière.

Je prends brièvement la parole pour rappeler les trois motifs qui m'ont conduit, lors du vote, à refuser d'entrer en matière sur ce projet. La discussion par article sera vite faite, car le projet ne comporte que les chiffres I et II. Il y aurait bien les quelque 200 pages de l'annexe 1 sur lesquelles nous pourrions nous entretenir, mais je pense que la volonté du Conseil de se plonger dans les détails du tarif des douanes suisses est assez faible, tant et si bien que tout le débat se limitera au vote sur l'ensemble.

Je voudrais exposer trois motifs. Premièrement, en matière de politique agricole, il me paraît absolument illusoire de vouloir, comme l'a fait notre collègue Ruedi Noser tout à l'heure, considérer qu'on puisse supprimer les droits de douane sur les produits industriels, à savoir à peu près 560 millions de francs, et maintenir dans leur ensemble les droits de douane sur les produits agricoles. Lorsque nous aurons isolé les produits agricoles par une décision unilatérale et que nous serons dans des négociations de libre-échange, il n'y aura pas d'autre choix que de faire des concessions en matière agricole parce qu'il n'y aura plus de manoeuvre du tout, étant donné que, dans le domaine industriel, nous aurons renoncé déjà de notre fait à toute mesure compensatoire. Ce que l'on voudrait faire au moyen de ce projet de loi, c'est isoler les droits de douane agricoles et ensuite laisser toute la pression des négociations de libre-échange s'exercer sur les droits de douane agricoles.

Deuxième point, la perte de 560 millions de francs de recettes sans aucune compensation: mon collègue Rechsteiner a développé ce point. Nous avons tenu à deux reprises dans l'exercice des droits démocratiques une discussion sur les cadeaux fiscaux aux entreprises. Par deux fois la population s'y est opposée. J'aimerais juste rappeler qu'il y a moins de deux ans – je faisais partie de ceux qui ont défendu le projet –, nous avons expliqué au peuple qu'avec le projet RFFA nous procéderions à des allègements importants en faveur des entreprises et que c'est ensuite les personnes physiques qui devraient bénéficier d'une réforme éventuelle. Ce sont les discussions que nous avons sur les modifications de l'imposition des couples. De mon point de vue, c'est prioritaire, et je crois que la population n'aurait aucune compréhension pour un nouveau cadeau fiscal à hauteur d'un demi-milliard de francs par année pour les entreprises aussi longtemps que nous ne ferons pas de progrès dans le cadre de l'imposition des personnes physiques.

Troisième et dernier argument, je ne partage pas l'avis du Conseil fédéral ou de la majorité des membres du conseil lorsqu'ils nous disent qu'il est impossible de simplifier les procédures douanières ou les tarifs douaniers et que la seule alternative serait de les supprimer totalement. Je pense que l'on peut simplifier nos procédures et les tarifs dans ce domaine et qu'on n'est pas obligé de décider de les supprimer purement et simplement. Il semble que le bon sens voudrait qu'on fasse un travail plus détaillé et plus précis à ce sujet, qu'on essaye d'améliorer ce qui peut l'être plutôt que de légiférer à coups de hache.

Je m'opposerai à ce projet et j'espère que la majorité des membres du Conseil fera de même.



**Germann Hannes** (V, SH): Ich möchte Sie bitten, auf diese Vorlage einzutreten respektive ihr zuzustimmen. Der Kommissionssprecher hat die wesentlichen Punkte ausgeführt. Ich begrüsse es persönlich sehr, dass der Bundesrat diese Vorlage gebracht hat. Es hat ja schon verschiedene Anläufe gegeben. Ich möchte sie auch nicht als Strukturmassnahme wegen Corona verkauft wissen; das ist schlicht und einfach eine Stärkung unserer Wirtschaft.

Natürlich mag man bei statischer Betrachtung wieder die übliche Rechnung machen. Ja, Herr Rechsteiner, da bin ich einverstanden, eine halbe Milliarde Franken ist viel Geld. Es gibt aber natürlich auch entsprechende Gewinne, wenn die Wirtschaft floriert, und es gibt administrative Kosten, die in Unternehmen nicht anfallen. Je besser es den Unternehmen läuft, umso mehr Steuern bezahlen sie auch.

Mich erinnert die Diskussion wieder an die Unternehmenssteuerreformen I, II und III. Bei jeder hiess es: Diese Ausfälle sind ja wahnsinnig, wie sollen wir sie nur verkraften? Es gab eine Schweizer Zeitung mit grossen Lettern, die bezifferte einmal die Ausfälle auf 12 Milliarden Franken. Da ging es um die Verrechnungssteuer. Ich war in jener Zeit Mitglied und Präsident der Finanzkommission. Dort habe ich festgestellt, dass die Steuereinnahmen eigentlich immer gestiegen sind. Das sind die dynamischen Effekte, und die darf man nicht unterschätzen. Selbst eine Ecoplan-Studie hat zutage gefördert, dass eben ein autonomer und vollständiger Abbau der Industriezölle in einem Schritt den volkswirtschaftlich grössten positiven Nutzen erzielt. Darum bin ich überzeugt, dass wir hier den richtigen Schritt machen und der Wirtschaft einen Befreiungsschlag ermöglichen.

**Hegglin Peter** (M-CEB, ZG): Ich werde in der Gesamtabstimmung zu dieser Vorlage auch Nein stimmen. Nicht, weil ich die Vereinfachungen nicht begrüssen würde, im Gegenteil: Ich finde auch, sämtlicher Vollzug des Staates sollte wenn möglich überall verbessert und optimiert werden. Auch im Bereich des Zolls ist man ja intensiv dabei, die analogen Verfahren zu digitalisieren. Ich erinnere hier an das Programm Dazit. Im Zusammenhang mit diesem Programm Dazit wurde mir von den zuständigen Stellen auch versichert, dass allein diese Digitalisierung aufseiten der Unternehmen zu einer Einsparung der administrativen Aufwände im Umfang von etwa 150 Millionen Franken führen werde. Man macht hier also etwas, ist hier unterwegs und verbessert das System.

Ich würde auch dazu Hand bieten, weitere Verbesserungen vorzunehmen. Was mir einfach Bedenken macht, sind wieder diese Ausfälle von 560 Millionen Franken, die der Bundesrat einmal in seinen Finanzplänen vorgesehen hatte. Er hatte diese Ausfälle eingerechnet, aber weil der Nationalrat nicht auf die Vorlage eingetreten ist, hat der Bundesrat sie in den Finanzplänen dann wieder gestrichen. Das heisst, wenn Sie jetzt für diese Vorlage stimmen, müssten die Ausfälle wieder eingerechnet werden.

Es wurde heute mehrfach gesagt, wir seien in einer ausserordentlichen Situation, in einer Krise. Jetzt verzichten wir aber eigentlich ohne äusseren Druck auf diese Einnahmen. Ich blicke in die nähere und weitere Zukunft. Dann werden die neu geschaffenen Schulden zu amortisieren sein. Es ist davon auszugehen, dass noch eine Wirtschaftskrise kommen wird. Wenn wir in Zukunft dann wirtschaftliche Probleme haben werden, werden wir entweder auf der einen Seite die Aufwände reduzieren, also streichen, oder auf der anderen Seite wieder Einnahmen generieren müssen. Dazu müssten wir z. B. Steuern erhöhen – ich sage jetzt nicht "Steuern wieder einführen" – und dann irgendwo in diesem Umfang wieder Einnahmen generieren. Ich finde, es ist einfacher, jetzt nicht auf Einnahmen zu verzichten und auch nicht neue Ausgaben zu beschliessen, als eben nachher dann wieder zurückkorrigieren zu müssen.

Das sind die von mir angestellten Überlegungen, die mich zum Schluss geführt haben, bei dieser Vorlage Nein zu stimmen. Ich bitte Sie, das auch so zu tun.

**Parmelin Guy**, conseiller fédéral: Le débat d'entrée en matière avait été mené et avait permis à chacune et chacun de largement s'exprimer. Je vais me concentrer sur quelques points particuliers, alors que M. Noser a déjà rappelé les effets positifs de ce projet.

Premièrement, il prévoit la suppression des droits de douanes sur l'ensemble des produits industriels. Concrètement, on met les droits de douane dans le tarif général, qui figure à l'annexe 1 du tarif des douanes, à zéro. Et, comme le dit clairement le projet, les droits de douane pour les produits agricoles ne seront pas touchés. J'y reviendrai tout à l'heure.

AB 2020 S 1150 / BO 2020 E 1150

Deuxièmement, il y a cette simplification de la structure du tarif des douanes pour ce qui est des produits industriels. Je me permets de vous rappeler, même si c'est contesté, que cette simplification va de pair avec la suppression des droits de douane. C'est quasiment impossible de simplifier le tarif de façon appropriée sans





mettre d'abord les taux à zéro. Pour toute la proposition, la date d'entrée en vigueur sera fixée par le Conseil fédéral, l'objectif étant d'assurer que les synergies entre les différents projets dans l'administration fédérale qui touchent au tarif des douanes dans le cadre du programme Dazit puissent être exploitées au mieux. Le but est aussi que les coûts de conversion restent le plus bas possible.

Comme je l'ai dit, je ne vais pas revenir sur tous les aspects positifs du projet du point de vue du Conseil fédéral, mais j'ajouterai un point qui a fait l'objet de discussions, à savoir l'impact négatif que la suppression des droits de douane pourrait avoir sur les négociations d'accords de libre-échange. A ce sujet, je peux vous assurer que l'impact ne devrait pas être important, voire extrêmement minime. Les experts qui sont chargés de négocier des accords de libre-échange ont attentivement regardé et analysé les conséquences du projet et sont arrivés à la conclusion que, aujourd'hui, quand commencent les négociations en vue d'un accord de libre-échange, la question des droits de douane sur les produits industriels ne constitue déjà plus une monnaie d'échange. Donc, par rapport à ceci, c'est essentiellement les enjeux liés au secteur des services, aux investissements et à la propriété intellectuelle qui sont devenus le cœur de négociation de nouveaux accords de libre-échange. En plus, actuellement, la plupart des pays avec lesquels nous sommes en train de négocier ou de prévoir des renouvellements d'accords de libre-échange sont des pays qui, eux, jouissent déjà d'un accès au marché en franchise de droit de douane au terme de ce qu'on appelle le système généralisé des préférences. Donc, sur ce plan-là, il n'y a pas de risque. D'ailleurs, une étude scientifique a montré que d'autres pays comme la Nouvelle-Zélande, le Canada ou la Norvège n'ont pas rencontré de problèmes particuliers pour conclure de nouveaux accords de libre-échange après avoir aboli ces tarifs.

Ce projet arrive au bon moment, comme l'a dit M. Noser. Je crois qu'il faut regarder plus loin que simplement ces 560 millions de francs qui disparaissent au titre du tarif. Monsieur Levrat, vous avez dit qu'on allait isoler, une fois qu'on aura aboli ces tarifs, les tarifs en matière agricole, et que ce serait extrêmement dangereux. Si, par hypothèse – je crois que je l'avais dit dans le débat d'entrée en matière –, il devait y avoir la volonté de diminuer ou de s'attaquer aux droits de douane agricoles, alors là clairement cela irait à l'encontre de la Constitution. L'article 104a de la Constitution constitue la principale mesure de protection de l'agriculture, et on voit très bien que si cette protection était démantelée, alors cela conduirait à une diminution du taux d'auto-provisionnement et de l'indépendance de notre pays, une diminution qui serait pratiquement insurmontable et inacceptable. Je pense que personne n'a envie de faire cet exercice. Actuellement, quand nous négocions sur le plan agricole, vous constaterez, si vous observez ce qui se passe avec les pays avec lesquels nous négocions, que les discussions portent essentiellement sur des aspects en lien avec la propriété intellectuelle ou les contingents – quand on parle de l'agriculture c'est dans le cadre des contingents existants au niveau de l'OMC que nous faisons des analyses. Donc, je ne crois pas, et le Conseil fédéral ne le croit pas non plus, que cela posera des problèmes dans des négociations futures. Il faut voir aussi que ces 560 millions de francs, plus l'allègement administratif, plus les plus-values et le dynamisme qui seront engendrés, vont donner un bol d'air à notre industrie d'exportation, et ceci au moment où elle en aura le plus besoin.

Voilà ce que je voulais dire. M. Levrat a dit malicieusement qu'on n'allait pas discuter des quelque 200 pages de l'annexe du tarif des douanes. Dès lors, je vous invite à adhérer au projet tel qu'il vous est présenté et, si vous l'acceptez, alors le Conseil national se prononcera encore une fois à son sujet.

## **Zolltarifgesetz**

### **Loi sur le tarif des douanes**

*Detailberatung – Discussion par article*

#### **Titel und Ingress, Ziff. I, II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule, ch. I, II**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*





## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2020 • Dritte Sitzung • 02.12.20 • 08h15 • 19.076  
Conseil des Etats • Session d'hiver 2020 • Troisième séance • 02.12.20 • 08h15 • 19.076



*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
(namentlich – nominatif; 19.076/4008)  
Für Annahme des Entwurfes ... 28 Stimmen  
Dagegen ... 14 Stimmen  
(1 Enthaltung)